

Beschluss:

1. Der Stadtrat verabschiedet den von der Fachstelle für Demokratie vorgelegten Aktionsplan gegen Antisemitismus (siehe Anlage 2, die Bestandteil der Beschlussvorlage ist), den ersten derartigen Aktionsplan in einer bundesdeutschen Kommune.
2. Die Fachstelle ist für die fachliche Außenkommunikation der Landeshauptstadt München zum Thema Antisemitismus zuständig, der Oberbürgermeister hat die repräsentative und gesellschaftspolitische Außenvertretung beim Thema inne.
3. Die Aufgaben der Fachstelle für Demokratie gegen Antisemitismus sind künftig wie folgt: Die Fachstelle für Demokratie
 - dient den jüdischen Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen als Ansprechpartnerin für Anliegen, die die Stadtverwaltung betreffen,
 - koordiniert das städtische Verwaltungshandeln zum Thema und befördert die fachliche Auseinandersetzung der Verwaltung mit neuen und alten Formen des Antisemitismus,
 - berät die verschiedensten Verwaltungsbereiche, städtische Eigenbetriebe und Unternehmen zu den Themen jüdisches Leben und Antisemitismus,
 - bietet zu diesem Zweck bei Bedarf Fortbildungen zum Thema jüdisches Leben und Antisemitismus für die Münchner Stadtverwaltung, städtische Eigenbetriebe und Unternehmen bei Bedarf an, wobei für die Konzeption dieser Fortbildungen jüdische Gemeinden und Einrichtungen engmaschig eingebunden werden,
 - koordiniert stadtweit und entfaltet Aktivitäten beispielsweise über Veranstaltungen in den Aktionswochen gegen Antisemitismus.
4. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von einer Stelle (1,0 VZÄ) für eine*n wissenschaftliche*n Mitarbeiter*in bei der Fachstelle für Demokratie sowie die Stellenbesetzung durch das Personal- und Organisationsreferat zu

veranlassen.

5. Die Fachstelle für Demokratie soll künftig die Sichtbarkeit der Vielfalt jüdischen Lebens in München weiter fördern, u. a. durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne „Ich bin Münchner – Ich bin Jude“/ „Ich bin Münchnerin – Ich bin Jüdin“.
6. Es wird ein Aktionsfonds gegen Antisemitismus bei der Fachstelle für Demokratie eingerichtet. Dieser umfasst zunächst 25.000 Euro/Jahr. Daraus werden insbesondere Aktivitäten gegen Antisemitismus in München gefördert bzw. durchgeführt und auch solche, die zur stärkeren Sichtbarkeit jüdischen Lebens in München führen. Durchgeführt werden sollen aus diesen Mitteln auch Empowermentmaßnahmen /-workshops in jüdischen Einrichtungen und Gemeinden.
7. Durch die Fachstelle für Demokratie wird eine Studie zu jüdischem Leben und Antisemitismus in München in Auftrag gegeben. Dafür werden 60.000 Euro bereitgestellt.
8. Die für die Wahrnehmung der Aufgaben gegen Antisemitismus insgesamt erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 173.950 Euro sind in den Haushalt 2022 (Teilhaushalt des Direktoriums) aufzunehmen und bereitzustellen.

Das Direktorium wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 113.950 Euro für die Jahre 2023 ff. im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.

Das Produktkostenbudget des Produktes P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit im Jahr 2022 zahlungswirksam um 173.950 Euro, in den Jahren 2023 ff. um jeweils 113.950 Euro. Im Ergebnishaushalt sind zusätzlich für etwaige erforderliche Pensions- und Beihilferückstellungen bei einer Beamt*innenbesetzung in Höhe von etwa 23.400 Euro (40 % des Jahresmittelbetrages für A 13: 73.420 Euro) zu berücksichtigen.

9. Unter der Federführung der Fachstelle für Demokratie wird eine Fortführung und Weiterentwicklung des Konzepts und damit eine Neuauflage des Aktionsplans gegen Antisemitismus in den nächsten Jahren angestrebt.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.
11. Der Antrag 20-26 / A 02145 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.